

Lammers, Konrad

Article — Published Version

## Wechsel in der Raumordnungspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lammers, Konrad (2005) : Wechsel in der Raumordnungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 85, Iss. 9, pp. 544-, <https://doi.org/10.1007/s10273-005-0416-5>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42477>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

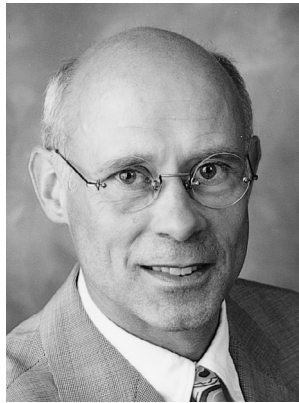
*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**B**undespräsident Köhler erntete im September des letzten Jahres mit seiner Aussage, dass es überall in Deutschland große Unterschiede in den Lebensverhältnissen gäbe, ein Einebnen dieser Unterschiede den Subventionsstaat zementiere und der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast aufbürde, teilweise Zuspruch aber auch vielfach öffentlichen Aufschrei. Dabei gibt es auf der Fachebene der Raumordnungspolitik des Bundes und der Länder schon seit längerem eine Entwicklung, die dem Gehalt dieser Aussage Rechnung trägt und die – gemessen am traditionellen Selbstverständnis der Raumordnungspolitik – einem Paradigmenwechsel gleichkommt.

Raumordnungspolitik ist von Bund und Ländern lange Zeit überwiegend als eine Politik verstanden worden, die der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands zu dienen habe. Soweit Regionen mit Infrastruktur geringer ausgestattet waren als andere, die Arbeitslosigkeit höher und die Einkommen niedriger waren als anderswo, war die leitende Vorstellung, dass diese Unterschiede auszugleichen wären. Diese Leitvorstellung entstand in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, und die gestaltende Kraft einer solchen Politik wurde insbesondere Anfang der siebziger Jahre als besonders hoch eingeschätzt. Gewöhnt an hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum, sah die (Raumordnungs-)Politik ihre vornehmliche Aufgabe darin, dieses Wachstum (räumlich) zu verteilen. Angesichts ohnehin vorherrschender räumlicher Ausgleichstendenzen schien das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Bundesgebietes damals machbar und greifbar nahe.

Die raumordnungspolitisch sehr günstige Konstellation, nämlich räumlichen Ausgleich zu verwirk-



Konrad Lammers

## Wechsel in der Raumordnungspolitik

lichen ohne sich um die Quellen wirtschaftlichen Wachstums kümmern zu müssen, hielt allerdings nicht an. Mit dem nachhaltigen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit schmolz der Gestaltungsspielraum der Raumordnungspolitik gemäß diesem Rollenverständnis. Spätestens beim Aufbau Ost zeigte sich dann, dass trotz immenser Transfers räumliche Unterschiede in den Lebensverhältnissen nicht auszugleichen sind und die negativen Wirkungen einer solchen Politik auf die gesamtwirtschaftliche Wachstumsbilanz nicht negiert werden können.

Angesichts dieser Entwicklungen scheint die Raumordnungspolitik von Bund und Ländern vor einem Umbruch zu stehen. Die Ministerkonferenz für Raumordnung, in der die zuständigen Bundes- und Landesminister vertreten sind, erarbeitet zur Zeit neue Leitbilder und Handlungsstrategien. Als zentraler neuer Leitgedanke schält sich heraus, dass die Raumordnungspolitik zukünftig explizit in der Pflicht stehen soll, einen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu leisten. Räumliche Schwerpunkte, die besondere Bedeutung für gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozesse haben, sollen

unterstützt werden. Für dünnbesiedelte und von Bevölkerungsrückgängen betroffene Regionen soll zwar weiterhin eine öffentliche Daseinsvorsorge geleistet werde; diese wäre aber an noch zu definierenden Mindeststandards zu orientieren. Zudem wird die Raumordnungspolitik zukünftig stärker in der Rolle gesehen, die verschiedenen Nutzungsansprüche an die Ressource Raum effizient zu managen.

Vor dem Hintergrund der akuten ökonomischen Probleme in Deutschland kann diese Neuausrichtung nur begrüßt werden. Sie trägt der Erkenntnis Rechnung, dass raumwirtschaftliche Strukturen und Zusammenhänge von hoher Relevanz für die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik und den Wohlstand eines Landes sind. Nach allen neueren Erkenntnissen ist die räumliche Ballung wirtschaftlicher Aktivitäten in vielen Fällen wachstumsfördernd. Vermutlich haben wir in Deutschland in dieser Hinsicht nicht zu viel, sondern zu wenig Agglomeration.

Man mag einwenden, dass die Raumordnungspolitik ein „zahnloser Tiger“ sei. Sie habe letztlich wenig Durchschlagskraft, weil sie über keine nennenswerten eigenen Finanzmittel verfüge. Eine solche Einschätzung verkennt den enormen mentalen und administrativen Einfluss, den die Raumordnungspolitik hat. Sie hat in der Vergangenheit den Grundsatz des räumlichen Ausgleichs als Leitgedanke politischen Handelns und anzustrebender Ziele im öffentlichen Bewusstsein sehr wirksam verankern können. Als so genannte Querschnittsaufgabe mit der Funktion, die einzelnen Fachpolitiken im Hinblick auf ihre räumlichen Wirkungen hin zu koordinieren, ist sie an vielen Entscheidungen beteiligt. Wenn jetzt ein Paradigmenwechsel erfolgt, dann wird sich dies über kurz oder lang in den Köpfen und im administrativen Handeln niederschlagen.